



**Protokoll der 10. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 21. Februar 2024, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Pascal Frey

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Ivo Begic, Gemeinderätin Priska Brenner-Braun, Gemeinderat Christoph Tobler

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler

Gemeinderatssekretär: Mathias Frei

- - -

Traktanden

- 44 Mitteilungen
- 45 Protokoll der Sitzung vom 17. Januar 2024
- 46 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Karin Gubler, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 47 Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Ernst Rüsi, Fraktion FDP)
- 48 Botschaft Nr. 9 «Kredit Antrag für Leichtathletikanlage Kleine Allmend für die Sanierung Rundbahn und dazugehörige Infrastruktur»
- 49 Botschaft Nr. 12 «Erneuerung und Auslagerung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) der Stadtverwaltung und des Alterszentrums Park»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, das Jahr hat Fahrt aufgenommen. Die Skiferien sind

schon wieder vorbei, und leider haben auch dieses Jahr wieder einige ein unschönes Souvenir mitgebracht.

Ich möchte mich heute im Namen aller, die verarztet werden mussten oder – ganz nach dem Fasnachtsmotto «Tatütata» – die Hilfe irgendeiner Blaulichtorganisation in Anspruch nehmen mussten, bei genau diesen bedanken. Von den Polizisten auf der Streife über die Feuerwehrleute, die auch bei Schnee anrücken, bis zur Oberärztin, die mit dem Gipsverantwortlichen auf den Nachwuchs eingeht, der das Handgelenk gebrochen hat. Danke, dass ihr jederzeit für uns im Einsatz steht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Namensaufruf:

Es sind 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Traktandenliste:

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

44

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP):

- Ich darf heute Fabio Bergamin neu im Rat begrüssen. Ich wünsche dir einen guten Einstieg und viel Freude an der Ratsarbeit.
- An Ihren Plätzen liegt für diejenigen, die die Budgetunterlagen auf Papier bestellt haben, das neue Budget 2024 auf.
- Am 13. Februar 2024 hat Gemeinderat Ivo Begic mitgeteilt, dass er per 1. März 2024 aus der GLP austritt und als Parteiloser zur Fraktion SVP/EDU wechselt. Das hat unter anderem die Auswirkung, dass sich die Sitzordnung im Gemeinderat ab der Gemeinderatssitzung vom 13. März 2024 ändert. An der Besetzung der vom Gemeinderat zu wählenden Kommissionen ändert sich indes nichts. Im Geschäftsreglement für den Gemeinderat gibt es dafür zwar keine Regelung, dafür aber auf kantonaler Stufe. In der Geschäftsordnung des Grossen Rats steht unter Art. 61 Abs. 1: «Bestandesänderungen einer Fraktion innerhalb der Legislatur haben keinen Einfluss auf den Verteilschlüssel.» Wir werden das entsprechend handhaben.
- Mit Beschluss Nr. 10 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 13 «Revision des Reglements über den Tarif für die Abgabe von Erdgas und Biogas» am 16. Januar 2024 verabschiedet.
- Mit Beschluss Nr. 12 hat der Stadtrat die Ersatzwahl von Fabio Bergamin in den Gemeinderat per 1. Februar 2024 am 23. Januar 2024 genehmigt.
- Mit Beschluss Nr. 16 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 14 «Gestaltungsplan Fliederpark, Zonenplanänderung» am 23. Januar 2024 verabschiedet.
- Mit Beschluss Nr. 30 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 15 «Budget 2024 der Stadtverwaltung Frauenfeld, 2. Auflage» gestern, also am 20. Februar 2024 verabschiedet.
- Des Weiteren ist die Frist für das fakultative Referendum zu den Budgets von Thurplus und AZP am Montag, 29. Januar 2024, ungenutzt abgelaufen.

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 17. JANUAR 2024

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Protokoll der Sitzung vom 17. Januar 2024 wurde am 25. Januar 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis jetzt sind keine Korrekturwünsche bei mir eingegangen. Wünscht jemand das Wort zum Sitzungsprotokoll? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt, und ich bedanke mich bei allen Beteiligten für die Mitarbeit.

46

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2023-2027 (NACHFOLGE KARIN GUBLER, FRAKTION CH/GRÜNE/GLP)

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz von Karin Gubler, die aus dem Gemeinderat zurückgetreten ist.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Als Nachfolgerin von Karin Gubler schlagen wir Ihnen Roman Fischer vor. Wir danken Ihnen für Ihr Ja.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Vorgeschlagen ist Gemeinderat Roman Fischer. Gemeinderat Roman Fischer ist aktuell noch Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen. Er hat seinen Rücktritt aus der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen bei einer erfolgreichen Wahl angekündigt. Vorgängig wurde von unserer Seite abgeklärt und auch aus dem Rat nachgefragt, ob es zulässig sei, gleichzeitig in zwei GPKs Einsitz zu nehmen. In unserem Rat ist dies tatsächlich unüblich, aber es spricht aus Sicht des Ratssekretärs und auch nach meiner Einschätzung nichts dagegen. Es besteht weder im Geschäftsreglement für den Gemeinderat noch in der Geschäftsordnung des Grossen Rats eine Regelung zu dieser Thematik. Im Geschäftsreglement des Nationalrats findet sich in Art. 15 Abs. 3 folgender Passus: «Ein Ratsmitglied darf in der Regel gleichzeitig nicht mehr als zwei Kommissionen nach Art. 10 angehören.» Bei den besagten Kommissionen gemäss Art. 10 handelt es sich um ständige Kommissionen, vergleichbar mit unseren GPKs, wobei es insgesamt zehn ständige Kommissionen gibt, aber auch 200 Mitglieder im Nationalrat. Gibt es zu diesem Vorgehen Bemerkungen aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Ich schlage Ihnen entsprechend vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine geheime Wahl?

Abstimmung

Gemeinderat Roman Fischer wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Mitglied der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur gewählt.

47

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER EINBÜRGERUNGSKOMMISSION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2023 – 2027 (NACHFOLGE ERNST RÜSI, FRAKTION FDP)

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Als Erstes möchte ich an dieser Stelle ein Dankeschön an Ernst Rüsi aussprechen. Er war seit dem Beginn der Einbürgerungskommission mit da-

bei. Die erste Sitzung fand am 2. November 2010 statt. In diesen mehr als 13 Jahren sind sicher etliche Einbürgerungen und einiges an Erfahrung zusammengekommen. Die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz von Ernst Rüsi, der per 1. Juli 2024 aus der Einbürgerungskommission zurücktritt.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Für die Nachfolge von Ernst Rüsi in der Einbürgerungskommission meldet die FDP Frauenfeld folgende Kandidatin: Frau Cinzia De Martin Bär, wohnhaft an der Oberfeldstrasse 49 in Frauenfeld. Cinzia De Martin Bär ist für die Funktion als Mitglied der Einbürgerungskommission bestens geeignet. Sie bringt eine breite Erfahrung aus ihrem beruflichen Tätigkeitsumfeld im Bankenwesen als Diversity- und Inklusionsexpertin mit, zudem verfügt sie über die eigene Erfahrung der Einbürgerung zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts. Cinzia De Martin Bär ist eine aktive Frauenfelder Bürgerin mit breiter Erfahrung und bereit, ihr Wissen und ihre Expertise in dieses Amt einzubringen. Wer sich optisch überzeugen lassen muss, sie sitzt oben auf der Tribüne. Ich danke für die Kenntnisnahme und die Unterstützung der Kandidatur bestens.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Vorgeschlagen ist Cinzia De Martin Bär. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen auch hier vor, die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Cinzia De Martin Bär wird einstimmig als Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur gewählt.

48

BOTSCHAFT NR. 9 «KREDITANTRAG FÜR LEICHTATHLETIKANLAGE KLEINE ALLMEND FÜR DIE SANIERUNG RUNDBAHN UND DAZUGEHÖRIGE INFRASTRUKTUR»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 9 an den Gemeinderat vom 31. Oktober 2023 wurde am 1. November 2023 in den Dossierbrowser geladen. Die Botschaft Nr. 9 beinhaltet einen Kredit über 2 Mio. Franken, somit wird das Begehren automatisch dem Volk vorgelegt, falls der Gemeinderat heute zustimmt. Falls Sie das Begehren ablehnen, ist es dem Stadtrat freigestellt, ob überhaupt eine Volksabstimmung stattfinden soll.

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen (Die Mitte), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Wir sind für Eintreten.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Gibt es zum Eintreten Wortmeldungen aus den Fraktionen? Wird das Wort von Seiten des Stadtrats zum Eintreten gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Eintreten absolut unbestritten und stillschweigend genehmigt.

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen (Die Mitte), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen befasste sich an ihrer Sitzung vom 9. Januar 2024 mit der vorliegenden Botschaft in Anwesenheit des zuständigen Leiters des Amts für Freizeit und Sport, Roman Brülisauer, und vom bhateam Matthias Wieser. Zuerst geht unser Dank für die gut strukturierte und ausführliche Botschaft an das Amt für Freizeitanlagen und an das Team der Firma bha.

Die bestehende Leichtathletikanlage wurde 1980 erstellt, vorher gab es die sogenannte Aschenbahn. Danach wurde die sogenannte Tartanbahn erstellt, welche nun nach über 40 Jahren in einem sehr schlechten Zustand ist und dringend einer Sanierung bedarf. Einige der zahlreichen Fragen der GPK werde ich in meinem Votum aufzählen.

Einbettung ins Gesamtkonzept Freizeit- und Sportanlagen: Die GPK vermisst zwei Punkte, welche im Gesamtkonzept enthalten waren. Das eine war, dass man sich mit allen Stakeholdern gut abstimmen würde, zum Beispiel mit Schulen aller Stufen. Das andere war die Einbettung und das Zusammenspiel mit den anderen Projekten, die in der Stadt laufen würden. Eine Einordnung und Priorisierung mit den anderen Investitionsvorhaben in der Stadt geht aus der Botschaft nicht klar hervor. In der GPK wurde kritisch nachgefragt, warum, obwohl schon länger bekannt sei, dass die Rundbahn sanierungsbedürftig ist, dass gerade jetzt, wo die Schweizermeisterschaft vor der Tür steht, dringend gemacht werden muss. Es wirkt etwas gedrängt, da ja bereits Vorarbeiten wie Ausschreibungen vom bhateam erledigt werden, bevor es zur Volksabstimmung kommt. Der Grund wird wohl sein, dass der Zeitplan eingehalten und somit die Schweizermeisterschaft in Frauenfeld durchgeführt werden kann. Der Experte von bha sagt, dass es nicht so sei, dass die Bahn jetzt zur Sanierung gelangt, weil man die Schweizermeisterschaften gern in Frauenfeld hätte. Es sei einfach so, dass viele Sport-, Freizeit- und auch Kulturanlagen vor 40-50 Jahren gebaut wurden. Das Volk hat damals entschieden, dass die Öffentlichkeit – also die Gemeinden – diese Anlagen finanziert, baut und unterhält. Damit würden der Sport, das Vereinsleben, die Gesellschaft und die Kultur gefördert. So wurde damals der Grundstein für die heutigen Strukturen gelegt, welche unterdessen einen grossen gesellschaftlichen Stellenwert haben. Würde die Sanierung der Rundbahn nicht an die Hand genommen, so könnte/müsste die Meisterschaft gemäss Amtsleiter dann zum Beispiel in Winterthur durchgeführt werden, wofür der LC dann den Platz mieten müsste. Es gäbe auch weniger Sponsorenbeiträge. Der LC ist logischerweise sehr daran interessiert, die Meisterschaft in Frauenfeld durchzuführen. Sie bringt viel Geld für die Vereinskasse und ist ein Garant für das Überleben des Vereins.

Die GPK sieht grundsätzlich das Plus einer funktionsfähigen Leichtathletikanlage, auch wenn die Gesetzgebung des Kantons keine Verpflichtung der politischen Gemeinde vorsieht, eine solche Anlage bereitzustellen oder eine zu betreiben und es auch auf kommunaler Ebene keine gesetzliche Grundlage dafür gibt. Es stellt sich heute die Frage nach dem Angebot und was wir als Stadt wollen und anzubieten bereit sind. Die Nutzung von Schulsport und Behindertensport ist gegenseitig geregelt und für beide Seiten kostenlos. Die GPK teilt auch den Grundsatz, dass diese Teil- oder Gesamterneuerung dem bestehenden Angebot gleichkommt.

Die Details zum allfälligen wasserdurchlässigen Belag und zur Frage nach dem nötigen Sanierungsbedarf der Sitzstufen vor den Garderoben wurden beantwortet. Bei ersteren sind es die neuen Gesetzgebungen im Gewässerschutz, Stichwort Mikroplastik, die einen versickerbaren Belag verunmöglichen. Wenn man die Sanierung der Sitzstufen nicht machen würde, könnte von einer Einsparung von rund 300'000 Franken ausgegangen werden. Da ebenso davon ausgegangen werden kann, dass es noch zehn Jahre oder mehr dauert bis zur Sanierung der Garderoben, erachtet es das Amt als sinnvoll, die Stufen jetzt zu machen. Es gehe quasi in einem Aufwisch, und sie würden bei einer späteren Garderobensanierung auch bestehen bleiben.

Das Projekt ist im kantonalen Sportanlagenkonzept enthalten. Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds nach der Höhe eines kantonalen Beitrags antwortet Matthias Wieser, dass sie sich einen Betrag von über 100'000 Franken erhoffen, insbesondere weil es die einzige Anlage im Thurgau ist. Für Details der Sitzung verweise ich gern auf das entsprechende GPK-Protokoll.

Die GPK findet es mehrheitlich gut, dass das Projekt so aufgegleist wurde und es somit zu einer Volksabstimmung kommt. Es liegt nun nach uns im Gemeinderat an der Bevölkerung, eine Güterabwägung zu machen. Die Mitglieder der GPK haben dem Kreditantrag von 2'475'000 Franken der vorliegenden Botschaft einstimmig zugestimmt.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Zuerst bedanke ich mich bei allen beteiligten Personen für das Erstellen der Botschaft. Die Botschaft ist verständlich, klar und gut strukturiert verfasst.

An der Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 2023 wurde das Gesamtkonzept für die Sportanlagen vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Obwohl ein Gesamtkonzept vorliegt, stimmt der Gemeinderat nach der bewilligten Sanierung des Kunstrasens im November 2023 bereits zum zweiten Mal über eine Sanierung von einzelnen Teilen der Sportanlagen in der Kleinen Allmend ab. Laut Amtsleiter können diese beiden Sanierungen unabhängig vom Gesamtkonzept getätigt werden. Wenn man das Gesamtkonzept aber anschaut, entdeckt man, dass dort für die Rundbahn drei Varianten vorgeschlagen wurden. Wir gehen nun davon aus, man hat sich für die Variante 1 «Sanierung bestehende Infrastruktur» entschieden, bei der die Platzierung der Garderoben und Tribüne so erhalten bleibt. Diese Variante würde aber auch eine Sanierung der Garderoben und Tribüne enthalten, da diese nicht mehr dem Richtwert des SLV (Schweizerischer Leichtathletikverband, heute: Swiss Athletics) entsprechen und baulich und auch funktional nicht mehr auf dem neuesten Stand sind. Zusätzlich beinhaltet diese Variante, den Platz 2 in einen Kunstrasen umzuwandeln, eine Park- und Kiesanlage zu erstellen und eine Aussentoilette zu ergänzen. Bei den Massnahmen im Gesamtkonzept wird die Priorisierung dieser Sanierungen und Anpassungen als hoch und kurzfristig eingestuft, was Massnahmen in den nächsten ein bis fünf Jahren zur Folge hat. Wieso wird nun die Rundbahn trotzdem isoliert angeschaut und saniert? Hier stellt sich uns die Frage, inwiefern das Gesamtkonzept verfolgt wird und nicht einmal mehr die Salami-Taktik angewendet wird, und inwiefern die bevorstehende Schweizermeisterschaft nicht doch eine Rolle spielt, dass das Projekt genau jetzt angestossen wird. Es ist schon länger bekannt, dass die Rundbahn erneuert werden muss. Auch steht schwarz auf weiss, dass die Homologierung durch Swiss Athletics Ende 2024 ausläuft. Da stellt sich uns die Frage, wieso eine Schweizermeisterschaft im Sommer 2025 überhaupt geplant wurde, obwohl gar nicht klar ist, ob diese überhaupt durchgeführt werden kann. Wurden hier allenfalls leere Versprechungen gemacht?

Dass ein gewisser Zeitdruck vorhanden ist, wird auch deutlich mit dem Satz in der Botschaft: «Um den Zeitplan hinsichtlich der Ausführungsfristen einhalten zu können, werden das Ausführungsprojekt und die Ausschreibungen bereits vor der Volksabstimmung erarbeitet.» Hier wird Geld ausgegeben, bevor überhaupt klar ist, ob das Projekt vom Volk genehmigt wird. Das ist unserer Meinung nach untragbar.

Aus mehreren Gründen macht es Sinn, den Kunststoffbelag komplett zu erneuern. Dennoch hätten wir uns in der Botschaft gewünscht, dass wenigstens eine Kostenaufstellung zu finden gewesen wäre, wie viel uns ein Retopping im Gegensatz zu einer Komplettsanierung kosten würde. Vor allem in Anbetracht dessen, dass das Projekt vom Gesamtkonzept ausgenommen und der Zeitdruck aufgrund der Schweizermeisterschaften sehr hoch ist, wäre das allenfalls in Betracht zu ziehen gewesen. Man hätte sich dadurch auch Zeit verschaffen können, um die im Gesamtkonzept zusammengefassten Massnahmen der Leichtathletik- und Fussballanlagen auch wirklich in einem Wisch tätigen zu können und sich nochmals über mögliche Synergien Gedanken zu machen und schlussendlich ein Sportzentrum entstehen zu lassen, so ähnlich wie zum Beispiel das in Herisau.

Wir schätzen die Frauenfelder Sportvereine und ihre Arbeit für die Allgemeinheit sehr. Ohne Vereine, die sich ehrenamtlich engagieren, wäre das Vereinsleben einer Stadt sehr trist. Wir haben uns aber auch die Frage gestellt, ob die Stadt allen Vereinen gleich gerecht wird, vor allem in Anbetracht der aktuellen finanziellen Lage und der anstehenden Investitionen. Wenn das Geld erst einmal aufgebraucht ist, könnten andere Vereine benachteiligt werden. Wir hoffen sehr, dass dies nicht der Fall ist. Allenfalls müsste in Zukunft eine Beteiligung der Vereine bei Investitionen in ihre Sportanlagen geprüft werden. Uns ist bewusst, dass die finanziellen Möglichkeiten von Vereinen beschränkt sind und sich in der Vereinsarbeit sehr viel freiwilliges Engagement befindet. Vielleicht müsste visionärer gedacht, und es müssten neue Finanzierungsformen geprüft werden.

Schlussendlich sehen wir die Notwendigkeit trotz all der kritischen Gedanken, dass die Anlage saniert werden muss, damit dort Sport auf hohem Niveau stattfinden kann. Wir wünschen uns

jedoch vom Stadtrat, seine Projekte in Anbetracht der finanziellen Lage besser zu priorisieren und vor allem auch die Projekte weitsichtiger zu planen, um den fortwährenden Zeitdruck und die damit verbundenen allfälligen Schnellschüsse abzubauen. Die Fraktion SVP/EDU hat dem Antrag nach einigen Diskussionen einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die 400-Meter-Rundbahn ist in die Jahre gekommen. Die Rundbahn wurde in den letzten rund 40 Jahren mehrfach unterhalten, und der Belag wurde mit einem sogenannten Topping saniert und hingehalten. Eine gängige und nachvollziehbare Praxis, wie sie praktisch überall in der Schweiz angewendet wird. Dass irgendwann über eine Grunderneuerung entschieden werden muss, ist klar. Die Frage ist wie so oft: Wollen und können wir uns das weiterhin leisten? Denn diese Investition ist eine grundsätzlich ungebundene Ausgabe, und die Anlage generiert so gut wie keine Einnahmen für die Stadt. Wenn Einnahmen entstehen, zum Beispiel über eine Leichtathletik-SM, dann kommen diese Einnahmen in erster Linie dem austragenden Verein zugute. Der Entscheid des Stimmbürgers über diese Ausgaben darf aus unserer Sicht also nicht verwässert werden mit grossem Scheinnutzen, welcher gar nicht dem Steuerzahler zugutekommt. Vielmehr hätten wir uns Aussagen über die längerfristige Auslegung und Nutzung der Anlage gewünscht. Dies ist nicht wirklich ersichtlich aus der Botschaft. Die Erneuerung der Anlage ist zwar im Gesamtkonzept aufgezählt, im Konzept ist aber keine deutliche Priorisierung genau dieser Investition ersichtlich. Weshalb also genau jetzt? Wir haben es schon mehrfach gehört, es macht den Anschein, als wäre die Priorisierung der Sanierung der Anlage durch die Leichtathletik-Schweizermeisterschaft entstanden. Wir fragen uns dann: Ist somit eine Sanierung gar nicht so notwendig? Wird sie nur wegen der SM gemacht? Würde ein erneutes Retopping reichen? Grundsätzlich wäre das zwar noch einmal möglich, einfach auf Kosten der Qualität und auf Kosten von grösseren Anlässen. Das immer deutliche Hervorheben dieser Schweizermeisterschaft darf also nicht als Hauptgrund für eine Sanierung dienen.

Zum Finanziellen: Die Abschreibungen betragen etwas über 100'000 Franken im Jahr. Wenn man die bisherigen Abschreibungen der letzten Jahre anschaut, waren es bisher rund 85'000 Franken im Jahr. Vergleicht man das mit dem Baumaterial und der Lohnsteigerung der letzten Jahre und der heutigen Abschreibepaxis, dann sind die Mehrkosten nachvollziehbar und nicht übertrieben. Vom Kanton werden voraussichtlich auch noch Gelder fliessen. Diese dürfen, wie wir wissen, aber nicht in die Kreditanfrage einfließen.

Wir stehen ein für eine funktionierende, für unsere Stadt und Nutzer angepasste und vor allem für eine bezahlbare Infrastruktur, die Freude bereitet und erneut mehrere Jahrzehnte genutzt werden kann. Der LC Frauenfeld ist einer der grössten Vereine in der Stadt und fördert die Gesundheit in der Gesellschaft. Die Mitglieder und die Anhänger nehmen am Leben in Frauenfeld teil und leisten hervorragende Jugend- und Sportarbeit. Sie finanzieren teilweise auch eigene Projekte wie die kürzlich erstellte Leichtathletikhalle. Da die Mehrkosten in einem nachvollziehbaren Verhältnis sind und die Anlage auch wirklich gut genutzt wird, möchten wir einem Volksentscheid nicht im Weg stehen. Das Argument der Schweizermeisterschaft zieht hier allein aber nicht. Interessant wäre es, ob sich der Entscheid im Gemeinderat auch so gestalten würde, wenn das Geschäft nicht vor das Volk gehen würde. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Botschaft ist gut erklärt, und zusammen mit dem Protokoll der GPK bleiben inhaltlich keine grossen Fragen offen. Herzlichen Dank dafür. Die angeregte Diskussion drehte sich daher um allgemeine Sachen.

Wie auf der Seite 1 der Botschaft beschrieben, sieht es auch unsere Fraktion so, dass die Förderung von Bewegung und Gesundheitsvorsorge eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Bei der Vorlage handelt es sich um die Sanierung der bestehenden Rundbahn, also um einen reinen Ersatz. Dies verleitet fast dazu, die Ausgabe als gebunden anzusehen. Da es sich für uns aber

nicht um eine Staatsaufgabe handelt, eine Rundbahn zur Verfügung zu stellen, konnten wir auch diesen Punkt schnell abschliessen.

Die Anpassungen der bestehenden Sitzstufen haben nur bedingt einen Zusammenhang mit dem Ersatz der Rundbahn, und die beschriebenen Unebenheiten im Belag als Stolperfalle zu bezeichnen, erachten wir als etwas übertrieben. Ja, der Betrag von rund 300'000 Franken hätte auch gestrichen werden können, dies macht aus Sicht der Fraktion wie auch in der Botschaft erläutert aber keinen Sinn.

Im Weiteren werden wir in der Botschaft darauf aufmerksam gemacht, dass der Naturrasenplatz im Innenbereich sowie die Flutlicht-, Kugelstoss- und Beschallungs- und Beregnungsanlage nicht Bestandteile sind. Hier hätten wir uns einen Hinweis auf die erwarteten Termine und Kosten dieser Umsetzungen gewünscht. Bei der Terminplanung auf Seite 11 ist zu lesen, dass die Ausführung so zu planen ist, dass Ende August 2025 die Schweizermeisterschaften der Leichtathleten durchgeführt werden können. Dies kann man als Fixpunkt ansehen. Für unsere Fraktion ist dies aber kein ausschlaggebender Grund für eine Zustimmung. Und was soll ich jetzt als ehemaliger Leichtathlet dazu sagen? Wie beim Kunstrasen stehe ich auch hier für den Ersatz ein und freue mich, dass die Fraktion Die Mitte/EVP dies auch unterstützt. Wir stimmen dem Kreditantrag einstimmig zu.

Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Ausarbeitung der ausführlichen Botschaft. Heute haben wir über den Kreditantrag von rund 2.5 Mio. Franken für die Leichtathletikanlagen Kleine Allmend zu befinden. Die Leichtathletikanlagen sind alle öffentlich zugänglich und werden auch von Schulen rege genutzt. Ich selbst erinnere mich an die vielen durchgeführten Sporttage auf den roten Bahnen der Kleinen Allmend. Den Hauptnutzen der Anlagen dürfte jedoch unbestritten der Leichtathletikclub Frauenfeld haben. Dies hat uns erneut vor die Frage gestellt, wie Vereine, die durch die finanzielle Unterstützung der Stadt profitieren, sich am Unterhalt entsprechender Anlagen zu beteiligen haben. Dies auch aufgrund der aktuell angespannten finanziellen Lage der Stadt. Die entsprechende Frage der Beteiligung hat uns bereits beim Ersatzbau des Kunstrasenplatzes umgetrieben. Vereine, die durch die finanzielle Unterstützung der Stadt von sanierten oder neuen Anlagen hauptsächlich profitieren, haben sich aus Sicht unserer Fraktion am Erhalt dieser Anlagen finanziell zu beteiligen. Entsprechendes haben wir bereits beim Kunstrasenplatz ausgeführt. Die finanzielle Beteiligung hat entsprechend der jeweiligen Mittel und Möglichkeiten zu erfolgen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Beteiligung kaum mit eigenen Mitteln zu bestreiten sein wird, sondern möglicherweise durch das Einholen von Sponsoringbeiträgen, Benefizanlässen oder Crowdfunding. Die Möglichkeiten des Vereins bilden jedoch nur einen Punkt. Es braucht aus Sicht unserer Fraktion allgemeingültige Kriterien, die die Frage der Beteiligung für alle Vereine gleich regeln. Ansatzpunkte könnten unseres Erachtens zum Beispiel die folgenden sein: Ist die öffentliche Nutzung sichergestellt? Wie oft wird die Anlage durch den jeweiligen Verein genutzt? Welches Entgelt wird geleistet? Mit welchen Ressourcen kann sich ein Verein beteiligen? Mit welcher Beteiligung des Kantons kann gerechnet werden? Besteht die Möglichkeit, mit Aussengemeinden zusammenzuarbeiten? Stehen die Kosten und der Nutzen der Allgemeinheit insgesamt in einem angemessenen Verhältnis zueinander? Diese Fragen erscheinen uns vorliegend nicht hinreichend geklärt worden zu sein. Wir hätten uns erhofft, dass diesem Punkt einer finanziellen Beteiligung nach der Abstimmung betreffend den Kreditantrag für den Ersatzbau des Kunstrasenplatzes mehr Gewicht verliehen wird. Wir haben jedoch auch festgestellt, dass die vorliegende Botschaft vom 31. Oktober 2023 datiert. Die Abstimmung betreffend den Ersatzbau des Kunstrasenplatzes erfolgte damit nach Publikation der vorliegenden Botschaft. Dies erklärt für uns, weshalb die aufgeworfene Frage in der Botschaft noch nicht abgebildet wurde. Wir ersuchen jedoch darum, dass vor zukünftigen Geschäften dieser Art eine entsprechende Grundsatzdiskussion erfolgt. Ein entsprechendes Konzept hätte dann sowohl in der Sport- als auch in der Kulturförderung Anwendung zu finden. Ohne eine vorgängige entsprechende Grundsatzdiskussion behalten wir uns vor, in kommenden Geschäften den Kreditanträgen nicht mehr zuzustimmen.

Als unschön erachten wir den heute mehrfach bereits erwähnten latenten Zeitdruck, der zu bestehen scheint. Die Schweizermeisterschaften sollen im Sommer 2025 stattfinden. Es braucht nur einige unerwartete Verzögerungen, und der Erhalt der Homologierung erscheint fraglich. Es wäre wünschenswert, aus entsprechenden Geschäften etwas Tempo zu nehmen. Wieso konnte in einer Kommunikation mit dem LC nicht eine Bewerbung auf eine spätere Meisterschaft erfolgen?

Gefehlt hat uns in der Botschaft sodann die Darstellung einer Alternative zur Sanierung. Die Alternative des Retoppings wurde unseres Erachtens nur spärlich behandelt. Es fehlten insbesondere Ausführungen zu den Kosten eines Retoppings und zu den Möglichkeiten, wie oft ein solches noch möglich wäre. Soweit mögliche Alternativen nicht hinreichend dargelegt werden, ist die Entscheidungsfindung schwieriger.

Unklar war für uns weiter, weshalb in der Investitionsplanung 2022/2023 von einem Betrag von 1.5 Mio. Franken ausgegangen wurde, nun jedoch ein Kredit von 2.5 Mio. Franken notwendig ist.

Der Investitionsbedarf der Leichtathletikanlagen selbst ist hingegen in der Botschaft gut und sauber dargelegt, auch befürworten wir eine Anpassung an die geltenden gewässerschutzrechtlichen Bestimmungen. Als äusserst wichtig und wertvoll erachten wir die Integrations- und Jugendarbeit des LC Frauenfeld. Die Ermöglichung des Breiten- und Spitzensports auf der Kleinen Allmend unterstützen wir sehr und bietet auch für die Bevölkerung einen starken Mehrwert. Der Investitionsbedarf ist damit nachvollziehbar belegt, und die Botschaft wurde vor der Abstimmung betreffend Kunstrasenplatz publiziert. Unsere Fraktion unterstützt daher den vorliegenden Kreditantrag einstimmig. An den ausgeführten Gründen erkennen Sie jedoch, dass wir uns mit der Entscheidung nicht leicht getan haben. Wir wünschen uns vor einer kommenden Abstimmung über ein Geschäft dieser Art die hervorgehobene Grundsatzdiskussion.

Gemeinderat Luc Pizzini (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Als Erstes möchten wir uns für die gut ausgearbeitete Botschaft bedanken. Sie ist übersichtlich, wirkt durchdacht, und es ist klar ersichtlich, weshalb man sich für die dargebotene Variante entschieden hat. Unsere Fraktion sieht den Nutzen der Leichtathletikanlagen und auch die Dringlichkeit der Regeneration. Die Anlage wird von vielen Vereinen genutzt und bringt auch als Veranstaltungsort von lokalen und nationalen Wettkämpfen einen Mehrwert. Dies wird sowohl als Gewinn für die Stadt wie auch als wichtige Ressource für den LCF angesehen. Nichtsdestotrotz kamen auch kritische Stimmen auf und Fragen bei der Verteilung der Finanzierung.

Kritisiert wurde, dass kein Überblick besteht, wie die Strategie der Stadt bezüglich Sanierung der Sportanlagen und auch darüber hinaus aussieht. Erst kürzlich wurde über den Kunstrasenplatz abgestimmt. Auch dort war eine Dringlichkeit erkennbar, doch wir wissen nicht, wie es mit der Stadt und ihren Anlagen weitergeht. Kommt in geraumer Zeit eine Abstimmung über eine Anlage, welche wirklich marode und nicht mehr nutzbar ist? Was, wenn für diese dann wirklich kein Geld mehr vorhanden ist? Ein strukturierter Plan sollte vorhanden sein, damit nicht der Eindruck von «first come, first serve» entsteht. Nicht, dass man am Ende doch etwas nach hinten hätte schieben können, wofür das Geld aber schon gesprochen wurde. So hat es auch in der Fraktion zu reden gegeben, dass nun die Rundbahn an der Reihe ist und da demnächst die Schweizer Leichtathletikmeisterschaft in Frauenfeld stattfinden wird. Da die Sanierung aber seit 2021 ein Thema ist, gehen wir davon aus und hoffen, dass dies nicht der Hauptgrund ist, weshalb nun gehandelt wird. Die Möglichkeit eines Retoppings wurde nochmals besprochen. Grösstenteils ist man sich jedoch einig, dass man nun besser die kostspieligere Lösung nimmt und danach wieder Ruhe hat. Das Retopping würde die Situation lediglich nach hinten schieben.

Bezüglich der Finanzierung ist man sich einig, dass der Betrag vom Kanton nicht ausreichend ist. Bei einer solchen Relevanz der Rundbahn für die Region wird erwartet, dass ein grösserer Anteil

übernommen wird. Minimum 100'000 Franken werden als deutlich zu wenig angesehen. Schliesslich ist die Stadt durch den kantonalen Richtplan dazu verpflichtet, ein umfangreiches Angebot für Breiten- wie Leistungssport anzubieten. Die Erwartungen lägen hier bei der Übernahme von einem Drittel der Kosten. Hier muss der Stadtrat Druck machen und den Kanton in die Verantwortung nehmen. Denn bei den Nachbargemeinden können wir erneut nicht auf Unterstützung bauen. Es muss in unseren Augen noch mehr Organe wie den Lotteriefonds geben, von welchen wir finanziell unterstützt werden können.

Es wurde besprochen, dass die Schulen sich ebenfalls beteiligen müssen. Uns ist bewusst, dass die Stadt das Land des Kunstrasens kostenlos nutzen darf, jedoch ist die Kleine Allmend für die Schulen von solch einem hohen Wert, dass uns dieser Deal nicht verhältnismässig erscheint. Eine Kostenbeteiligung oder Tarife zur Nutzung wären hier zielführend. Zudem finden wir es von der Stadt löblich, dass die Miete der Anlage derart günstig ist, fänden eine Anpassung der Tarife jedoch auch angebracht. Dies, um zumindest eine leicht höhere Kostendeckung zu erreichen.

Bei der Frage, wie umfangreich die Sanierung sein sollte, war man sich nicht einig. Teile der Fraktion würden auch eine weniger umfangreiche Renovation begrüßen, der andere Teil wie ich persönlich findet, dass man, wenn man schon Geld für eine Anlage in die Hand nimmt, welche die nächsten 20 bis 30 Jahre Bestand haben sollte, es richtig macht und nicht probiert, irgendwo 100'000 Franken zu sparen. Lieber man denkt etwas fertig und ärgert sich in zehn Jahren nicht darüber, dass irgendwo ein Abschluss nicht stimmt oder ein Geländer fehlt.

Falls es zu einer Abstimmung vor dem Volk kommt, fordern wir aber, dass man nochmals zum Kanton geht und einen genauen Betrag festlegt, welchen dieser sprechen würde. So können wir über einen klaren Betrag abstimmen.

Abschliessend möchten wir nochmals betonen, dass wir die Arbeit der Sportvereine schätzen und sie wichtiger Bestandteil unserer Stadt sind. Sie bieten unserer Stadt einen Mehrwert, zudem legen wir Wert darauf, dass Frauenfeld eine gute Infrastruktur für Sportvereine bietet, um die Stadt attraktiv zu machen. Daher stimmt der Grossteil der Fraktion der Sanierung der Rundbahn und Umgebung zu.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich danke für die vielfach positiven Voten und nehme diese auch auf, zugunsten des Sports und der Vereine. Ich gehe zuerst auf einige Voten ein, die Sie eingebracht haben.

Warum eine Planung vor der Botschaft und nicht im Nachhinein? Weil dies eine seriöse Botschaft eben verlangt und dies auch die vielfach verlangte Kostengenauigkeit verlangt. Die Termine und Kosten zu anderen Anlageteilen wurden bewusst aus Kostengründen nicht ermittelt.

Zum Thema, die Vereine finanziell zu beteiligen: Ja, ich komme noch dazu. Und in diesem Zusammenhang wurden auch andere Beteiligungen besprochen wie jene der Aussengemeinden. Die entsprechenden Erfahrungen haben wir bereits mit der Schlossbadi gemacht, und ich denke nicht, dass sich die Meinung in der Region massgeblich verändert hat, als dass sie uns in Zukunft so unterstützen möchten. Wir überlegen uns gern, wie wir in Zukunft eine solche Grundsatzdiskussion führen möchten, was die Beteiligung an Sport-, Kultur- oder Freizeitanlagen betrifft.

Zu den Mehrkosten gegenüber der Investitionsplanung möchte ich nur ausführen, dass die Umweltauflagen massgeblich geändert haben und dementsprechend auch der Betrag zur heutigen Botschaft.

Ja, die Vereine müssten mehr finanzieren, das wurde jetzt mehrfach erwähnt. Das wäre ein Paradigmenwechsel, ich habe es schon einmal erwähnt, mit Signalwirkung. Wenn wir künftig verlangen würden, dass sich Vereine finanziell an stadteigener Sportinfrastruktur oder anderer Infrastruktur beteiligen, dann bezahlen das die wenigen Sponsoren in der Region. Und glauben Sie

mir, dieser Kuchen wird nicht grösser. Im Gegenteil, der wird eher kleiner. Und ich kenne nur ganz wenige Vereine, welche die eigene Sportinfrastruktur erbaut haben. Das jüngste Beispiel dafür, welches ich in diesem Zusammenhang speziell erwähnen möchte, ist gerade der LCF. Sie haben eine Sportinfrastruktur erbaut mit der Halle, und diese wertet die Kleine Allmend massiv auf. Dieses Bauvorhaben kostete doch immerhin 2.2 Mio. Franken und wurde aus privater Initiative gestemmt.

Warum nicht Retopping als günstigere Variante? Weil wir aus finanzieller, aber auch aus ökologischer Sicht – d. h. noch mehr Sondermüll – das nicht als nachhaltig empfinden, und es führt lediglich zu einer Verschiebung der Gesamtsanierung, und das in etwa fünf bis zehn Jahren. Zudem spricht der schlechte Zustand des darunterliegenden Drainasphalts – das ist die Trägerschicht – und die zusätzliche Abnahme der Wasserdurchlässigkeit des Kunststoffbelags dagegen.

Der Termindruck wegen der geplanten Schweizermeisterschaft: Normalerweise ist man sich in der Politik ja gewöhnt, dass die Mühlen langsam mahlen, und wenn wir einmal Zug auf einem Projekt haben, wird dies auch moniert. Warum sollen wir den Zeitraum nach der geplanten Europameisterschaft im Faustball, die diesen Sommer stattfindet, bis zur geplanten SM nicht nutzen?

Zur Beteiligung von anderen Trägern möchte ich auch noch etwas sagen. Es wurde auch erwähnt, man müsse grosszügig oder visionär denken. Da könnte man auch an die Schulen denken. Die Schulen sind eigentlich auf dem Platz Frauenfeld, das muss man ihnen einfach anrechnen, der grösste Anbieter für Sportinfrastruktur. Die Schulen, das wissen Sie so gut wie ich, besitzen die meisten Turnhallen auf dem Platz Frauenfeld.

Zur Salamtaktik oder der fehlenden Strategie: Wir haben im Rahmen des Gesamtkonzepts immer betont, dass wir den Kunstrasen und die Sanierung der Rundbahn losgelöst behandeln. Das haben wir mehrfach betont. Dies, weil die Anlagenteile an diesem Standort bleiben und die Weiterbearbeitung des Gesamtkonzepts vorerst aus bekannten Gründen auf Eis liegt.

Der Betrag mit dem Kanton solle besser verhandelt werden: Das entsprechende Gesuch für die Sanierung der Leichtathletikanlagen liegt beim kantonalen Sportamt. Dieses wird allerdings erst nach einer allfälligen Volksabstimmung behandelt, d. h., wenn die Umsetzung dieses Projekts definitiv ist. Das ist so üblich, daher ist zum jetzigen Zeitpunkt auch noch überhaupt nicht entschieden, in welchem Umfang die Sanierung der Anlage vonseiten des Sportfonds unterstützt wird.

Was macht die Attraktivität einer Stadt wie Frauenfeld aus? Das ist Infrastruktur, unter anderem ist es auch Sportinfrastruktur. Die Infrastruktur ist ein Standortfaktor und es ist der gesamte Strauss, der dazugehört. Meiner Meinung nach wäre es zu kurz gegriffen, solche Anlagen gerade in schwierigen Zeiten wegzusparen und den künftigen Generationen eine Brache zu hinterlassen. Die Förderung von Bewegung und der Gesundheitsvorsorge für die breite Bevölkerung ist auch eine Aufgabe der öffentlichen Hand, das wurde bereits erwähnt.

Ja, die Anlage zu sanieren, ist gerade in hiesigen Zeiten ein Lupf. Aber unsere Vereine finanziell zu belasten, wäre ein Paradigmenwechsel in unserer Stadt und würde die Vereine an den Rand des Unmöglichen bringen. Und so wäre es auch ein neuer Ansatz, Vereine an den Umbau- oder Sanierungskosten beteiligen zu wollen. Sie müssten künftig im Bereich Kultur, Sport und Freizeit bezahlen, ich denke dabei auch an die Freizeitanlagen wie zum Beispiel das Casino. Wir sind davon überzeugt, dass ein Zusammenspiel zwischen der Stadt und den Vereinen als Beleber der Sportanlagen zur Attraktivität verhilft und dadurch die gesamte Öffentlichkeit profitiert. Ohne Infrastruktur keine Vereine. Wie beim Hallenbad oder beim Kunstrasen gibt es für jede Anlage eine Lebensdauer, und die wurde schon früher aufgezeigt, nicht nur, weil eine SM geplant ist.

Was für Anlässe auf der Anlage nachher durchgeführt werden, hat nichts mit den Anforderungen an die Renovation zu tun. Beim Anlagenbau gibt es keine Differenzierungen zwischen Regionalsport oder einer Schweizermeisterschaft. Ich bin überzeugt, dass mit einer intakten Leichtathletikanlage viele profitieren und weit mehr Personen als nur Leichtathleten diese nutzen. So sind auf der Anlage nebst Anlässen, dazu gehört auch ein Schulsporttag, auch verschiedene Vereine, Schülerinnen und Schüler der benachbarten Schulanlage Auen, Fussballer, Hockeyspieler, viele Sporttreibende aus der Frauenfelder Bevölkerung zu finden, welche die Anlage gratis nutzen, auch über Mittag. Öffentlich zugängliche Freizeit-, Sport- und Bewegungseinrichtungen tragen zur Förderung der körperlichen, geistigen und sozialen Gesundheit der Bevölkerung bei. Wir sehen sie als wichtige Bestandteile des täglichen Lebens in unserer Gesellschaft, und zudem ist auch die Freiwilligenarbeit aller Vereine nicht ausreichend zu schätzen und zu verdanken. Ich bedanke mich im Namen des Sports, aller Vereine und wünsche mir jetzt schon eine positive Abstimmung und wünsche mir selbstverständlich diese auch später vom Volk.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Wie einleitend erwähnt, untersteht der Antrag gemäss Art. 8 Abs. 1 Ziff. 5 der Gemeindeordnung der obligatorischen Gemeindeabstimmung.

49

BOTSCHAFT NR. 12 «ERNEUERUNG UND AUSLAGERUNG DER INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE (IKT) DER STADTVERWALTUNG UND DES ALTERS-ZENTRUMS PARK»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 12 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 21. November 2023 wurde am 23. November 2023 in den Dossierbrowser geladen. Die Botschaft Nr. 12 beinhaltet jährlich wiederkehrende Ausgaben von über 200'000 Franken. Somit wird das Begehren wiederum automatisch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Als Erstes steht auch hier das Eintreten zur Debatte.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Nach den Ausführungen der Stadtschreiberin zum Zustand der IT-Infrastruktur in der Stadt sowie der Erläuterung, warum diese Ausgaben als ungebunden angesehen werden müssen, war das Eintreten in der GPK unbestritten.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Gibt es zum Eintreten Wortmeldungen aus dem Rat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Eintreten unbestritten und stillschweigend genehmigt.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Vorweg möchte ich mich für die ausführliche Botschaft sowie die Zeit, welche sich die Stadtschreiberin und der Leiter IT für unsere Fragen genommen haben, bedanken. Nach dem Dank eine kurze Kritik: Wir haben natürlich in der GPK ausführlich über die hohen Kosten bzw. Mehrkosten diskutiert. Uns wurde in der zweiten Sitzung eine Tabelle vorgelegt, welche grundsätzlich zeigen würde, dass der bisherige Betrieb mit den notwendigen Erneuerungen sogar teurer oder sicherlich nicht signifikant günstiger werden würde. Leider wurde dies in der Sitzung nicht klar gezeigt und wir mussten es mehrmals selbst nachrechnen, ohne am Ende die hundertprozentige Gewissheit zu haben. Bei so einem wichtigen Argument hätten wir uns eine klare Aussage und Ausführung in der Sitzung gewünscht. Uns wurde aber anschaulich erläutert, dass die IT-Infrastruktur der Stadt Frauenfeld in vielen Belangen nicht mehr zeitgemäss ist. Umständliche Neueinwahlverfahren bei Raumwechseln, ein eher unbekanntes E-Mail-System oder auch die Nutzung mehrerer Clients pro Mitarbeiter, teilweise sogar Privatgeräte, sind nur einige

Beispiele der aktuellen Situation. Der Bedarf für eine Veränderung wurde in der GPK wenig diskutiert. Weiter wurde uns erläutert, dass gewisse Kosten für eine neue Telefonanlage oder die Aufrüstung auf Microsoft 365 früher oder später so oder so anfallen werden. Die vorgeschlagene Lösung wurde als State of the Art beschrieben und ermöglicht mobiles Arbeiten von überall aus. Dies wurde nicht nur als eine Erwartungshaltung, sondern als Notwendigkeit angesehen. Es wurde festgestellt, dass die interne Umsetzung des Umbaus der Infrastruktur zwar möglich wäre, jedoch zusätzliches Personal und spezialisierte Fachkräfte erfordern würde. Die Auslagerung an einen Partner wie Abraxas wurde als effizientere Lösung angesehen, obwohl dies preislich höher liegen könnte. Betont werden muss auch die wesentlich höhere Cyber-Sicherheit, welche dieser externe Partner bieten kann. Weiter basiert die Entscheidung auf der Informatikstrategie, die der Stadtrat verabschiedet hat.

Hinterfragt wurde auch das Vorgehen bei der Auswahl des Anbieters. Die öffentliche Ausschreibung ergab nur zwei Anbieter. Eine erneute Ausschreibung wurde beraten, aber nicht als zielführend erachtet. Die Grösse und Komplexität des Projekts würde bei einer zweiten Ausschreibung voraussichtlich nicht zu besseren Resultaten führen, und der Aufwand und die Kosten dafür wären nicht in Relation zum Ergebnis.

Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, den Vertrag nach Ablauf der Laufzeit zu verlängern, falls die Leistungen zufriedenstellend sind. Dabei wurden die Erfahrung und die Zuverlässigkeit von Abraxas hervorgehoben, da sie bereits eine Vielzahl von öffentlichen Körperschaften betreuen. Es wurde angemerkt, dass die Kostensteigerungen im Rahmen der bisherigen Verträge im erwarteten Rahmen sein werden.

Uns wurde ebenfalls erläutert, dass eine mögliche Auslagerung ans AFI abgelehnt wurde, da dieses sich auf seine Uraufgaben fokussieren will. Es werden nur noch kleinere Gemeinden, welche auch nur das Standardpaket erhalten, angenommen. Ein wesentlicher Mehrwert für die Bevölkerung kann so direkt nicht aufgezeigt werden, gleichwohl aber, dass eine zeitgemässe Infrastruktur zur Attraktivität für gute Arbeitnehmer beiträgt.

Die grundsätzliche Notwendigkeit für eine Veränderung war in der GPK unbestritten. Die Vorgehensweise und die hohen Kosten wurden jedoch kritisch hinterfragt. Mit diesen Ausführungen hat die GPK die zwei Anträge mit 4 Ja, 0 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler (SP), Referentin im Namen der Fraktion

SP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die ausführliche, sorgfältige und gut begründete Botschaft. Wir können die Absicht des Stadtrats, im Bereich Informatik eine gänzlich neu aufgegleistete Lösung anzustreben, nachvollziehen. Der Bedarf für Erneuerungen ist ausgewiesen. Neben der Telefonie, die ganz offensichtlich ersetzt werden muss, wenn es auf dem Markt keine Ersatzteile mehr gibt, ist auch bei der Informatik grosser Handlungsbedarf festzustellen. Wenn Programme nicht mehr laufen, nicht mehr upgedatet werden können, wenn es Applikationen gibt, die nicht miteinander kompatibel sind, und wenn ein dreiköpfiges Team für 430 Useraccounts an 16 Standorten zuständig ist, besteht für uns kein Zweifel, dass eine neue Lösung her muss.

Der Stadtrat hat sich für einen externen Weg entschieden. Grundsätzlich sind wir keine Fans von Outsourcing, für diesen Fall können wir die Argumentation dafür aber nachvollziehen, sie ist in der Botschaft gut dargelegt. Auch wenn es sicherlich Nachteile gibt, bei einer solchen Wahl beispielsweise die Abhängigkeit von dieser Firma, überwiegen auch unserer Meinung nach die Argumente für eine Auslagerung. Die Firma, an die man auslagern möchte, hat Erfahrung und Expertise bei genau solchen Aufgaben von vergleichbaren Auftraggebern und offenbar einen guten Ruf auch bezüglich der Supportfunktion.

Zusammenfassend erachten wir es als dringlich, die Telefonie und Informatik der Stadtverwaltung zu erneuern. Ja, das kostet etwas – und leider nicht wenig. Aber wenn man nichts macht, kostet es auch. Zum Beispiel zu viele personelle Ressourcen auf allen Ebenen, wenn man wegen

der Informatik nicht effizient arbeiten kann oder sogar daran gehindert wird. Oder wenn aufgrund mangelhafter Datensicherheit unliebsame Ereignisse passieren. Und eine eigene, neu aufgestellte und der aktuellen Grösse der Verwaltung angepasste Abteilung Informatik aufzubauen, wäre ebenfalls ein grosses, kosten- und personalintensives Projekt. Wir unterstützen daher den vom Stadtrat beschlossenen Weg und werden dem Antrag einstimmig zustimmen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): In der Zwischenzeit hat uns Gemeinderat Christian Mader verlassen. Er hat eine berufliche Terminkollision und muss weiter. Somit sind wir aktuell 36 Gemeinderatsmitglieder, das absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Vorweg: Wir stimmen letztlich halbherzig zu. Für uns ist klar, dass die Stadt technisch auf der Höhe sein muss und dass Digitalisierung auch etwas kostet. Das sehen wir in allen Bereichen. Es gibt einige Punkte, die uns problematisch erscheinen.

Die Mehrausgaben von etwa 900'000 Franken schmerzen. Es geht immer wieder einmal um die Frage, was nötig und was nur nützlich ist. Wie nötig das vorliegende Geschäft ist, ist für uns nur schwer abschätzbar oder beurteilbar. Es wird dargestellt, dass es nötig sei, die IT-Infrastruktur auf Vordermann zu bringen und dass der Leidensdruck bei der Verwaltung sehr gross sei. Die verschiedenen Beispiele für sich allein betrachtet rechtfertigen die Mehrausgaben in diesem Umfang eigentlich nicht. In der Summe allerdings vielleicht oder vermutlich – wir wissen es nicht. Um das zu beurteilen, fehlt uns aber die Nähe zum Arbeitsalltag in der Stadtverwaltung, und es muss dort klappen.

Die Angelegenheit ist aber auch in technischer Hinsicht äusserst komplex. Wer von uns im Rat hat das nötige technische Verständnis? Die Frage, ob eine andere, vielleicht abgespeckte Lösung Sinn machen würde, können wir auch nicht beurteilen. Zur Diskussion stehen ohnehin nicht einzelne Leistungen, sondern das Gesamtpaket.

In diesem Zusammenhang stellt sich auf die Frage, ob alle Geräte dann schlussendlich über welche Fähigkeiten verfügen müssen. Flächendeckende Lösungen sind auch flächendeckend zu bezahlen und verursachen in allen Bereichen dann hohe Kosten. Gibt es Bereiche, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis für sich als schlecht beurteilen? Auf allfällige Insellösungen könnte man in der Detailplanung dann ja vermutlich eingehen. Zu berücksichtigen ist, dass einige Ausgaben nicht mit Steuergeldern finanziert werden, sondern gebühren- oder tarifrelevant sind.

Ebenso wenig können wir die Angemessenheit des Preises beurteilen. Dass bei der Ausschreibung nur eine brauchbare Offerte eingereicht wurde, verunmöglicht einen Vergleich. Der Vergleich mit den IT-Kosten anderer Gemeinden oder Städte ist nur bedingt sinnvoll. Nur weil andere zu viel bezahlen, müssen wir das nicht auch tun.

Eine Befürchtung ist noch zu erwähnen und stimmt uns kritisch, zumal nur eine Offerte eingereicht wurde. Bei Digitalisierungsprojekten wie dem vorliegenden geht man immer davon aus, dass dann alles sofort klappt und super funktioniert und damit ein riesiger Mehrwert geschaffen wird. Häufig klappt das aber leider nicht. Und manchmal können die bestehenden Probleme vielleicht gelöst werden, aber durch die Umstellung tauchen dann neue Probleme auf. Ob die Situation also insgesamt wirklich verbessert wird, bleibt fraglich. Es bleibt bei der Hoffnung.

All diese Fragen können wir auch in jahrelangen Diskussionen und mit vielen Gutachten nicht abschliessend beurteilen. Es ist deshalb schwierig zu entscheiden, welches der richtige Weg ist. Da folgen wir dem Stadtrat, der die Verantwortung für das Klappen ja auch trägt. Für uns ist letztlich entscheidend, dass wir mit einem Betrieb, der weitgehend digital unterwegs ist, eine funktionierende IT und IT-Infrastruktur haben. Was auch immer wir machen, es wird Mehrkosten gegenüber dem Status quo geben. Es ist auch nicht realistisch zu verlangen, dass diese Mehrkosten der IT mit der Begrenzung der Sachausgaben anderweitig eingespart werden. Also

bleibt weiter nur die Hoffnung, dass die Digitalisierung irgendwann doch noch zu einer Effizienzsteigerung beziehungsweise anderen Einsparungen führen könnte.

Die Einführung können wir sicher nicht selber stemmen. Wir ermuntern den Stadtrat aber, nach einer Einführungsphase zu prüfen, ob wir das Know-how nicht lieber wieder inhouse haben möchten mit den entsprechenden Stellen. Eine allzu grosse Abhängigkeit vom Lieferanten sollte unseres Erachtens vermieden werden. Nicht nur deshalb. Vielleicht gibt es bei der Verlängerung dann ja nicht nur eine Offerte. Für einmal muss ich wahrscheinlich nicht darum bitten, den Antrag zu unterstützen, Sie machen es ja sowieso.

Gemeinderätin Nathalie Fäh (GLP), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Als Erstes möchten wir uns bei der Steuerungsgruppe Informatikstrategie (SIS) für die getane Arbeit bedanken, aber auch beim Stadtrat für die sorgfältige Ausarbeitung der Botschaft sowie für die zuverlässige Beantwortung der gestellten Fragen in der GPK.

Unsere Fraktion anerkennt den dringenden Handlungsbedarf in der IT-Landschaft unserer Stadt. Seien wir ehrlich, man muss sich nicht weit umhören und umsehen, um dies festzustellen. Die Stadt Frauenfeld soll eine attraktive Arbeitgeberin sein und effizient Dienstleistungen mit Qualität erbringen. Es ist klar, dass eine Modernisierung im Hinblick auf die schnell fortschreitende Digitalisierung nötig ist. Insbesondere dann, wenn in den letzten Jahren nicht viele Änderungen vorgenommen worden sind und zunehmend auch Gesetze von Bund und Kanton den Umgang mit Daten komplexer machen.

Den leider notwendigen Ersatz der Telefontechnologie aufgrund fehlender Ersatzteile nehmen wir zur Kenntnis. Die Erneuerung oder Modernisierung der IKT gab also weniger zu reden als die geplante Auslagerung. Nach Abwägungen von Kosten und Nutzen unterstützen wir jedoch die Auslagerung. Der Entscheid, das Outsourcing der Firma Abraxas zu vergeben, ist nachvollziehbar, auch wenn uns die Monopolstellung von Abraxas in der Ostschweiz stört. Leider hat es nicht mehr als zwei Bewerber gegeben, nichtsdestotrotz weist Abraxas bereits mehrere Städte und politische Gemeinden als Kunden vor und bringt somit die nötige Erfahrung, die es braucht, mit. Abraxas soll für vier Jahre den Betrieb, Unterhalt und Support von Clients, Servern, Applikationen und Telefonielösungen übernehmen. Zusätzlich gibt es eine Option für eine Verlängerung um weitere vier Jahre. Dabei wollen wir dem Stadtrat mitgeben, dass bei der Verhandlung der Verträge unbedingt auf eine Konventionalstrafe oder im Informatikbereich auf sogenannte Service-Level-Agreements geachtet werden soll. Ausserdem sind uns die 34 Grosskopiersysteme aufgefallen. Da müsste man nochmals genau analysieren, ob diese zukünftig alle nötig sind.

Zwei weitere wichtige Punkte sind die Datensicherheit und der Datenschutz, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das Risiko, von einer Cyber-Attacke getroffen zu werden, steigt ständig. Immer mehr Attacken auf Schweizer Gemeinden werden publik. Das für solche Fälle zuständige sechsköpfige Team bei Abraxas ist spezialisiert und in der Not schnell behilflich.

Aufgrund all dieser Überlegungen sind wir vom Mehrwert des Antrags überzeugt. Die Fraktion CH/GP/GLP wird dem Antrag des Stadtrats einheitlich zustimmen.

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Die Stadt Frauenfeld hat im Sommer 2023 mittels Ausschreibung einen Partner gesucht, der die IKT-Infrastruktur im Outsourcing mehrjährig sicherstellt und professionell betreibt. Die Vergabe erfolgte am 26. September 2023, vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats und des Stimmbürgers.

Als sehr wichtigen Bestandteil des Transitionsprojekts, das bis Ende Herbst 2025 dauern soll, hat die Stadt die Migration des Mailsystems zu Microsoft Outlook Exchange bezeichnet. Aus den Protokollen der GPK F&A vom 6. Dezember 2023 beziehungsweise vom 22. Januar 2024 geht hervor, dass a) sich die Stadt sehr bemüht hat, ein passendes Sinnbild zu finden für diese Investi-

tion, die rund 6 Mio. Franken schwer ist und in der Botschaft sehr technisch und trocken daherkommt, und b), dass die GPK wie auch die Fraktion FDP kritische Fragen und Vorbehalte hatte zu den Schwerpunktthemen 1. Effizienzgewinne und 2. Benchmarking. Lassen Sie mich mit dem Bild Punkt a) beginnen.

Gemäss Stadt will sie also sinnbildlich gesprochen entweder einen VW Käfer mit einem VW Golf ersetzen oder einen alten mit einem neuen Lastwagen. Naja, viel naheliegender und aussagekräftiger für das Vorhaben der Stadt scheint mir folgendes Bild: Die Stadt ersetzt ihre Telefone. Die Sorte Telefone mit den runden Drehscheiben und dem Hörer am Kabel, Telefone mit einem fixen Platz auf dem Pult, mit dem ein Mitarbeitender der Verwaltung nichts weiter tun kann als von seinem Büro aus zu telefonieren. Diese Infrastruktur will die Stadt sinnbildlich gesprochen durch Smartphones ersetzen. Wir wissen alle aus eigener Erfahrung, dass ein Smartphone die Türen zu ganz neuen Welten öffnet, mit ungeahnten Möglichkeiten und Anwendungen. Also was macht die Stadt? Sie legt mit dieser Beschaffung den Grundstein für ihre digitale Zukunft. Denn eines ist klar, die Digitalisierung und die Vernetzung werden alle Lebensbereiche weiter durchdringen, auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung. Richten wir an dieser Stelle zur Einordnung des städtischen Vorhabens den Blick auf die Strategien des Bundes und des Kantons Thurgau. Der Bund will mit seiner Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027», dass die Bevölkerung sämtliche Leistungen der Verwaltung digital beziehen und an diesen mitwirken kann. Unternehmen und Verwaltung interagieren digital. Mitarbeitende der Verwaltung profitieren von einem innovativen und attraktiven Arbeitsumfeld. Die Verwaltung erbringt ihre Leistungen digital, effektiv, sicher und transparent. Der Kanton Thurgau seinerseits wird noch konkreter und will in der Gestaltung und Umsetzung der Digitalisierung eine aktive Rolle einnehmen, um diese Chancen auch in Bezug auf mögliche Effizienzsteigerungen zu nutzen. Bund und Kanton geben damit also den grösseren Rahmen und den Benchmark vor, in die das Investitionsvorhaben unserer Stadt einzuordnen ist. Die Fraktion FDP freut sich grundsätzlich und dankt dem Stadtrat, dass mit dem vorliegenden Informatikvorhaben ein wichtiger Grundstein zur digitalen Transformation und damit zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gelegt wird. Gleichzeitig sind wir nicht uneingeschränkt euphorisch. Und damit komme ich zu meinem eingangs erwähnten Punkt b), den kritischen Fragen und Vorbehalten, die sowohl die GPK als auch unsere Fraktion beschäftigt haben, nämlich Effizienzgewinne und Benchmarking.

Zur Frage nach Effizienzgewinnen: Aus Strategiepapieren und vergleichbaren Vorhaben bei Bund, Kantonen und anderen Städten wissen wir, dass Effizienzgewinne in jedem Fall realisierbar sind. Digitalisierung ist immer mehr als nur neue Software und Systeme. Digitalisierung führt zu mehr Effektivität und Ressourceneffizienz. Wir bedauern sehr, dass der Stadtrat es verpasst hat, in seiner Botschaft konkrete Aussagen zu machen, wie, wo und in welchem Umfang er Effizienzgewinne realisieren will. Dies insbesondere auch, da er selbst hohe Anforderungen und Erwartungen an die IKT zu haben scheint. Ich zitiere aus Abs. 1 der vorliegenden Botschaft: «Sie (die IKT) muss effizient, leistungsfähig, nachhaltig, flexibel, sicher und kostenoptimiert sein. Eine zeitgemässe IKT verbessert nicht nur die Qualität und Sicherheit der Dienstleistungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe, sondern macht die Stadt auch zu einer attraktiven Arbeitgeberin.»

Die städtische Informatikstrategie, die die Grundlage für die vorliegende Botschaft bildet, tönt nicht minder ambitioniert. Ich verweise hier auf die Ziffern 4.2 und 4.3 und insbesondere den Zeitplan bis Ende 2024 dieser Strategie. Gern nehmen wir zur Kenntnis und unseren Stadtpräsidenten beim Wort, dass der Stadtrat sehr wohl mit Effizienzgewinnen und damit Kosteneinsparungen auf der Personal- und Sachebene rechnet. Ich verweise hierzu auf das Protokoll der GPK F&A vom 22. Januar 2024 Seiten 3 und 7. Genau diese Einsparungen sind das, was die FDP-Fraktion vom Stadtrat erwartet, wenn dieses Vorhaben zur Umsetzung kommt.

Zum Benchmarking möchte ich festhalten, die Fraktion FDP sehr bedauert, dass es der Stadtrat in seinen Vorarbeiten verpasst hat, in vergleichbaren Organisationen Erfahrungswerte einzuholen. Der Stadtrat hat damit die Chance vergeben, bezüglich Kosten und Nutzen realistische Ver-

gleichswerte zu erheben. Dies wird ihm das Management realistischer Erwartungen bei der Verwaltung und bei der Bevölkerung unnötig erschweren.

Das vorliegende Informatikprojekt ist für die Stadt Frauenfeld in finanzieller und organisatorischer Hinsicht ein grosser Brocken. Digitalisierungsprojekte sind immer Change-Projekte mit technischen und organisatorischen Aspekten. Die technischen Aspekte lassen sich auslagern, nicht aber die organisatorischen. Die mit der Umsetzung dieses Projekts einhergehenden Veränderungen in der Struktur, in der Kultur und im menschlichen Verhalten muss die Stadt selber stemmen. Schlüssel zum Erfolg wird die gezielte und effektive Aus- und Weiterbildung jeder und jedes einzelnen Mitarbeitenden sein.

Die Fraktion FDP stimmt dem vorliegenden Antrag zu, mit der klaren Erwartung, dass 1. der Mehraufwand von 890'000 Franken an anderen Orten eingespart wird und das 2. mit Ressourceneffizienz die Plafonierung des Stellenplans eingehalten wird. Im Übrigen erachtet die Fraktion FDP den Kauf von Aktien der Zuschlagempfängerin, einer privatrechtlich organisierten Aktiengesellschaft, aus staatspolitischen Überlegungen als problematisch.

Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Das vorliegende Geschäft ist sehr technisch und wir müssen uns auf die Aussagen der Verwaltung verlassen können, da in unseren Reihen nur wenig IT-Wissen vorhanden ist. Nichtsdestotrotz erachten wir die Erneuerung als notwendig, da bei der Telefonie keine Ersatzteile mehr beschafft werden können und die ganze Informations- und Kommunikationstechnologie an einigen wenigen Personen in der Stadtverwaltung hängt. Diese Tatsache erachten wir als potenzielles Sicherheitsrisiko für die Stadtverwaltung.

Leider haben sich auf die öffentliche Ausschreibung nur zwei Firmen mit konkreten Offerten gemeldet. Diese waren von unterschiedlicher Qualität, sodass nur noch die Firma Abraxas Informatik AG übrigblieb, was leider einen Vergleich nicht möglich machte. Diese Ausgangslage sei laut Stadtschreiberin Bettina Beck unserer Grösse geschuldet, da wir für die einen Anbieter zu klein und für die anderen wiederum zu gross waren. So mussten wir wohl oder übel dieses Angebot so prüfen.

Somit wären wir bei den Kosten, welche mit einem jährlichen Mehraufwand von 890'000 Franken doch sehr heftig zu Buche schlagen. Dies vor allem in Anbetracht, dass dieses System nicht sehr viele neue Möglichkeiten eröffnet. Neben der Mitarbeiterzufriedenheit, die steigt, erhoffen wir uns durch die effiziente Arbeitsweise auch einen kleinen monetären Beitrag an die Mehrkosten.

An dieser Stelle möchte ich den Stadtrat darauf hinweisen, dass diese Mehrausgaben andernorts eingespart werden müssen, um den Sachaufwand nicht ansteigen zu lassen. Diese Aussage musste ich loswerden, da der hohe Stadtrat keine Gelegenheit auslässt, uns über das fehlende Budget zu ermahnen. Die SVP/EDU-Fraktion erkennt die Notwendigkeit und den Zeitpunkt für die Erneuerung und Auslagerung der Informations- und Kommunikationstechnologie, zumal der geschätzte First-Level-Support inhouse bleibt. Die Fraktion ist zähneknirschend einstimmig für den stadträtlichen Antrag.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Ich finde es spannend, ich kann mir das nicht verkneifen. Ich kann leider die Botschaft nicht allzu sehr loben. Jene, welche die Protokolle gelesen haben, wissen wieso. Ich finde es aber etwas sonderbar, dass die Mehrheit hier im Rat der Meinung ist, das ist ein grosses Vorhaben, es ist teuer, es ist alles richtig, aber offenbar die Unterlagen, die uns vorliegen, einfach nicht gelesen hat. Mea culpa. Ich habe mich in der GPK-Sitzung auch verrechnet. Ich habe den Fehler gemacht und dem Stadtrat und der Stadtschreiberin vorgerechnet, dass die Differenz eigentlich ja nur 160'000 Franken sei, ich habe aber das Vorzeichen verwechselt. Zumindest gemäss vorliegenden Unterlagen. Aber es ist sogar so, dass die Einsparung per sofort eintritt. Sie alle haben diese Unterlagen, darin gibt es

einen Fehler. Es sind auf vier Jahre gerechnet nicht 3.257 Mio. Franken, sondern es sind tatsächlich 3.78 Mio. Franken Mehrausgaben, die jährlich anstehen. Da wurde irgendwo ein Excel-Formular nicht richtig bedient. Aber das heisst ganz konkret, wir schauen auf die 13,xy Mio. Franken, die in den nächsten Jahren anstehen, wenn wir nichts tun, wenn wir einfach so weitermachen und das tun, was wir notwendigerweise tun müssen. Ich zitiere, es wurde ja schon aus den GPK-Protokollen zitiert, bitte das in Zukunft unterlassen. «W-LAN-Infrastruktur, Telefonie, MS 365, Client Hardware, Cyber Security, Ausbau Personal, der notwendig ist.» Das sind alles relativ nachvollziehbare Dinge. Wenn wir das anschauen, dann kommen wir auf die genannten 13 Mio. Franken und das vergleichen wir dann mit den Mehrausgaben, die wir haben mit gewissen Ungewissheiten, das ist mir völlig bewusst, von 12.39 Mio. Franken in den nächsten Jahren, dann gibt das summa summarum etwa einen positiven Cashflow von 160'000 Franken. Wenn man sich die Zeit genommen hätte, statt ein langes Votum vorzubereiten, das zu rechnen, wüsste man, dass das eine wunderbare Botschaft ist. Schade, dass uns das die Stadt nicht selber vorgelesen hat.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Danke für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme. Ich habe es so verstanden Elio Bohner, dass Severine Hänni das durchaus auch verstanden hat. Sie hat nämlich darauf hingewiesen, dass der Stadtrat die finanzielle Komponente zu wenig in den Vordergrund gestellt hat. Sie hat das am Anfang gesagt, alles dazwischen war wohl darauf aufbauend, dass Severine das schon gesagt hat. Du hast uns verdankenswerterweise nochmals daran erinnert. Vielen Dank.

Wir haben eine umfassende Erneuerung der IT-Infrastruktur und eine Auslagerung, die wir vorschlagen. Wenn man in den Raum schaut, dann sieht man auch, weshalb das notwendig ist. Als ich vor neun Jahren hier angefangen habe, sass vielleicht Thomas Gemperle vor einem Bildschirm, der Rest des Gemeinderats hatte selten, wenn überhaupt, einen Bildschirm vor der Nase. Beim Stadtrat war es schon eher der Fall, aber die Bildschirme waren etwas kleiner. Es hat sich etwas getan, vor allem hat sich auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den Home-Office-Geschichten nochmals einiges getan. Und gerade diese Entwicklungen in den letzten paar Jahren haben gezeigt: Unsere jetzige aktuelle Technologie ist nicht mehr zeitgemäss, sie kann den verschiedenen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Es braucht eine neue IKT für die Stadtverwaltung, damit wir auf ein zeitgemässes Niveau kommen. Nur schon das digitale, mobile Arbeiten ist wichtig, auch das ist eine Effizienzsteigerung. Wir ermöglichen damit künftige Entwicklungen. Vielen Dank für das Bild, das wir jetzt auch vielleicht besser verwenden, also weg von der Drehscheibe auf dem Telefon hin zum Smartphone, das ist auch ein mögliches Bild. Wir werden den ersten Teil des Votums von Kathrin Widmer Gubler sicher gut verwenden können, wenn wir in die weitere Erarbeitung der Botschaft gehen. Den zweiten Teil mit den kritischen Stimmen nehmen wir selbstverständlich auch mit, denn das haben wir von verschiedener Seite hier auch gehört. Also, es ermöglicht künftige Entwicklungen, es erhöht die Attraktivität für die Stadt als Arbeitgeberin und Arbeitgeber, es steigert auch die Effektivität. Und noch etwas ganz Wichtiges, bezüglich der Sicherheit werden wir auf ein besseres Niveau kommen, weil wir bei Abraxas auf ein Team zurückgreifen können werden, welches sich damit sehr intensiv auseinandersetzt und das deshalb auch gut gewährleisten kann.

Höhere Kosten: Ja, im Verhältnis zu dem, was wir bisher hatten, sind es höhere Kosten. Allerdings richtigerweise festgestellt, wenn wir einfach weiterfahren würden und sukzessive erneuern würden, dann wären es erst recht höhere Kosten. Nur der kleine Unterschied ist derjenige, dass wenn wir es so machen würden, dann würde es Schritt für Schritt gehen und das Alte würde erneuert. Dann bräuchten wir nicht vors Volk zu gehen. Wenn wir es auf diese Weise machen wie jetzt mit einer Auslagerung und einmalig, dann müssen wir aufgrund der Höhe der Differenz vors Volk gehen, und das ist nicht so einfach mit einer doch recht technischen Materie. Wir werden das in der Erarbeitung aber angehen. Deshalb auch vielen Dank für die kritischen Voten.

Die Notwendigkeit, die schwer einzusehen sei: Ja, da muss man wahrscheinlich schon in den Schuhen der Verwaltung stecken. Wenn man die Mitarbeitenden fragt, dann sehen die diese

Notwendigkeit als sehr hoch an. Vor allem dann, wenn sie von einer anderen Gemeinde oder Stadt zu uns wechseln, fallen dem einen oder anderen, unsere Stadtschreiberin inklusive, die Schuppen etwas von den Augen. «Was, ihr arbeitet noch so?» Das war ein guter Motor, um etwas zu verändern. Luxus, würde ich behaupten, ist es nicht. Wir haben geschaut, dass wir in einem angemessenen Rahmen bleiben. Dass es nur eine echte Offerte gab, echt im Sinn für uns auch mit einem Partner, auf den wir uns verlassen können, hat vielleicht eben auch damit zu tun, dass zurzeit aufgrund des Fachkräftemangels die Personaldecke bei den IT-Anbietern sehr dünn ist und deshalb auch die Kapazität, neue Aufträge anzunehmen, an einem sehr kleinen Ort liegt.

Wir nehmen die Hinweise bezüglich der Kopierer gern auf und werden das anschauen. Wir haben viele Standorte in der Stadt, das ist ein bisschen der Nachteil, und daher auch an jedem Standort die Drucker. Ob der eine oder andere Arbeitsplatz dann ein bisschen zu luxuriös ausgestattet ist, werden wir selbstverständlich auch überprüfen.

Die Effizienzgewinne, auf die wir zu wenig hingewiesen haben, und das Benchmarking: Es ist immer schwierig, Benchmarking ist oft Äpfel mit Birnen verglichen. Nichtsdestotrotz kann man natürlich sagen, wie viel für IT ausgegeben wird und auf wie viele Arbeitsplätze sich das herunterrechnen lässt. Wir haben im Nachgang versucht, von Weinfeld und von Kreuzlingen einige Zahlen einzuholen. Weinfeld hat bedeutend weniger Arbeitsplätze, etwa 80-85. Kreuzlingen hat 220. Kreuzlingen budgetiert für das laufende Jahr Fr. 2.8 Mio. Franken. Wir sind da also nicht weit weg davon, sogar ein bisschen günstiger. Deshalb kann man sagen, plus minus sind wir im Benchmark drin. Danke für den Hinweis, das wäre ein Argument gewesen, welches wir hätten aufnehmen können. Was den Aktienkauf betrifft, kann ich Ihnen versichern, das werden wir ähnlich handhaben. Wir haben uns eine PCG-Verordnung (Public-Corporate-Governance-Verordnung) gegeben und selbstverständlich werden wir innerhalb dieser diese Aktien und den Geschäftsgang der Abraxas verfolgen und entsprechend auch anschauen. Sie können sich erinnern, im Nachgang zur Wärme Frauenfeld AG war das eine Forderung, die gestellt wurde und die wir auch erfüllt haben.

Zuletzt noch ein Hinweis bzw. eine Replik zu dem, was gefordert wurde, nämlich, dass die Mehrkosten dann auch einzusparen seien. Wir haben das Wort gegeben, Sach- und Personalaufwand bis 2027 plafoniert zu halten, und zu diesem Wort steht der Stadtrat selbstverständlich auch. Vielen Dank für die wohlwollende Aufnahme, und hoffen wir auf Zustimmung nicht nur von Ihnen, sondern auch von der Bevölkerung.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Wie erwähnt untersteht auch dieser Antrag gemäss Art. 8 Abs. 1 Ziff. 5 der Gemeindeordnung der obligatorischen Gemeindeabstimmung.

Wir haben somit die heutige Tagesordnung durchberaten. Gemeinderat Roman Fischer hat in der Zwischenzeit seinen Rücktritt schriftlich per Mail auf den 6. März 2024 eingereicht. Somit wäre er bei einer allfälligen gemeinsamen Schlussitzung der drei GPKs sicher nur in der GPK Finanzen und Administration stimmberechtigt. Seine Nachfolge werden wir entsprechend auf die nächste Sitzung traktandieren.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 13. März 2024, um 17 Uhr statt. Bitte beachten Sie unbedingt, dass der Beginn bereits um 17 Uhr ist. Dies ist neu, da wir dann das neue Budget beraten werden.

Im Anschluss an die heutige Sitzung wird die Startitzung der GPKs zu eben diesem Budget erfolgen. Für die Mitglieder der drei GPKs ist die anschliessende Sitzung obligatorisch, der Rest darf ebenfalls sehr gern bleiben, um die ersten Informationen zu erhalten.

Wir haben entsprechend intensive drei Wochen vor uns, in denen wir das neue Budget durchsehen und beraten können. Ich danke Ihnen für das aktive und konstruktive Mitdiskutieren, ebenso danke ich dem Ratssekretär und dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Auch danke ich der Stadtgärtnerei für den wieder vorhandenen Blumenschmuck. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen, wir treffen uns um 19:50 Uhr wieder hier im Saal für die eben angesprochene GPK-Sitzung.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:40 Uhr.
